GROSS-BERLIN PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.– RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 33 B BERLIN • Dienstag, den 9. Februar 1932 1. JAHRGANG

Ein gigantischer Kampf.

Weit über 100 000 Arbeiter im Kampf.

n **Kopenhagen**, 7. Februar.

Der staatliche Schlichter hat am Sonnabend amtlich bekanntgegeben, daß er keine Grundlage für eine Vermittlung im Lohnstreit zwischen dem dänischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften habe finden können, weshalb seine Vermittlungsversuche als gescheitert anzusehen seien.

Am Freitig kommender Woche werden daher die Aussperrungen beginnen, von denen vorerst 80 000 Mann betroffen werden. Da aber weitere Aussperrungen von den Arbeitgebern beschlossen worden sind und die Arbeiter der nicht von den Aussperrungen bedrohten Industrien in Streik treten wollen, wird die Zahl der nichtarbeitenden Arbeiter auf weit über einhunderttausend steigen.

r **Kopenhagen**, 7. Februar.

Der dänische Ministerpräsident STAUNING erklärte, daß die Regierung am Montag Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und den Arbeitern aufnehmen werde, um eine Riesenaussperrung, die am Freitag Tatsache zu werden droht, noch im letzten Augenblick zu verhüten. Der Ministerpräsident erklärt, daß ein Arbeitsstreit für beide Parteien und für das ganze Land augenblicklich ein heller Wahnsinn sei. Man spricht auch davon, daß nötigenfalls ein Zwangsvergleich seitens der Regierung den Parteien aufgezwungen werden würde.

Kein Streik im nordfranzösischen Kohlenbecken.

k **Paris**, 8. Februar.

Im nordfranzösischen Kohlenbecken war ein Beschluß der Grubenverwaltung bekanntgegeben worden, die Löhne im Februar und im März um je 5 Prozent herabzusetzen. Die Grubenarbeiter stimmten daraufhin ab, ob sie mit einem Streik antworten sollten. Eine überwältigende Mehrheit sprach sich gegen den Streik aus.

Ständig neue Arbeiterentlassungen.

r **Dortmund**, 5. Februar.

Die Vereinigte Stahlwerke AG., Abteilung Bergbaugruppe Gelsenkirchen, zeigt Betriebseinschränkungen auf der Zeche „Pluto" in Wanne-Eickel an. Zur Entlassung kommen 250 Arbeiter und 10 Angestellte.

f **Gleiwitz**, 5. Februar.

Die Zahl der Feierschichten im Januar betrug für die produktive Belegschaft im deutsch-oberschlesischen Bergbau 5 bis 6 Arbeitstage; sie stieg auf mehreren Gruben auf 8 und auf einer sogar 9 Feierschichten im Monat. Bei dem Fortfall eines Viertels bis eines Drittels des Arbeitseinkommens ist der erforderliche Lebensunterhalt für die Familien der Bergarbeiter nicht mehr gewährleistet. Da auch für die nächste Zeit kaum mit einer Besserung des Absatzes zu rechnen ist, werden die Verwaltungen eine weitere Verringerung der Belegschaften vornehmen, sei es durch Kündigungen oder durch Einführung von Kurzarbeit oder des sogenannten Krümper-Systems.

Auf einzelnen Gruben sind schon Kündigungen ausgesprochen worden. Auch über die Durchführung des Krümpersystems ist bei einzelnen Verwaltungen wie auch zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften verhandelt worden. Bisher wurde an keiner Stelle eine völlige Einigung erzielt.

800 Arbeiter entlassen.

x **Halle**, 6. Februar.

Das Werk Hattorf der Kaliwerke Aschersleben A. G., das jetzt noch 600 Arbeiter beschäftigt, hat Stillegung angekündigt.

s **Oberhausen**, 6. Februar.

Die Gutehoffnungshütte kündigt Betriebseinschränkungen im Hochofenwerk an. 150 bis 200 Arbeiter kommen zur Entlassung.

Schweres Grubenunglück.

k **Brüssel**, 7. Februar.

Am Sonntag morgen hat sich in einem Bergwerk bei Marchiennes au Pont eine Explosion schlagender Wetter ereignet. Von den betroffenen Bergleuten wurden bisher acht in schwerverletztem Zustand geborgen. Zwei von ihnen sind gestorben. Es wird daran gezweifelt, daß die Rettung der 18 eingeschlossenen Bergleute noch möglich sein wird. Die Eingeschlossenen befanden sich zwischen zwei Bruchstrecken, wo sie wahrscheinlich in der erstickenden Temperatur von 60 Grad bereits umgekommen sind. Mit welcher Wucht die Explosion erfolgt ist, zeigt die Tatsache, daß 300 Meter von der Unglücksstelle entfernt eine völlig verkohlte Pferdeleiche gefunden wurde.

Völkerrechtsbruch an der Tagesordnung.

Gewaltmaßnahme in Memel.

Am Sonnabend Vormittag ist der Gouverneur MERKYS im Memeler Landesdirektorium erschienen und ließ den Präsidenten BÖTTCHER durch zwei litauische Offiziere verhaften und in einem Auto fortbringen. Die Amtsräume des Präsidenten wurden versiegelt, die Telephone teils gesperrt, teils unter Zensur gestellt.

Die litauische Regierung läßt von Kowno aus erklären, daß es sich nicht um einen Putschstreich von seiten MERKYS handle. BÖTTCHER sei schon vor Wochen mitgeteilt worden, daß die Kownoer Regierung ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringe und er deshalb ersucht würde, seinen Posten zu verlassen. Die Antwort BÖTTCHERS habe gelautet, daß er nicht zurücktreten, sondern nur der Gewalt weichen würde. BÖTTCHER stützt sich dabei — und zwar mit Recht — auf die Bestimmungen Memeler Konvention, wonach der Präsident des Direktoriums nicht aus seinem Amt entfernt werden kann, solange er das Vertrauen des Landtags besitzt. Dieses Vertrauen ist ihm noch vor wenigen Wochen durch die Mehrheit des Landtages ausgesprochen worden.

Was der Gewaltmaßnahme von seiten der Kownoer Regierung aus zugrunde liegt, läßt sich nach den bisherigen Meldungen noch nicht völlig durchschauen. Es verlautet einerseits, daß der deutsche Konsul in Memel zusammen mit BÖTTCHER gewissen Memeler Persönlichkeiten (Landwirten?) eine Einreise nach Deutschland ermöglicht habe, von denen BÖTTCHER erklärt, sie hätten nur einer privaten Besprechung mit Berliner und Königsberger Dienststellen gedient in Fragen des Memelländischen Exports nach Deutschland. Auf der anderen Seite handelt es sich offenbar um nationalistische Verhetzungen, die dem Memeler Präsidenten „Hochverrat" vorwerfen.

Memel ist seit 1923 Litauen angegliedert, hat aber eine eigene Verwaltung. Der Gouverneur wird von Litauen ernannt, der Landespräsident ist dem Landtag verantwortlich. Auf Grund des Artikels 17 des Memelstatuts kann sich der Völkerbund mit der Angelegenheit befassen. BRÜNING will, wie gemeldet wird, die Angelegenheit in Genf mit den Signatur-Mächten des Memelstatuts besprechen; Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan sind die Garanten des Statuts.

Es soll in Genf große Erregung über den Vorgang herrschen, der wohl eine willkommene Ablenkung von schwereren Fragen auf einfachere Konflikte hin bedeutet.

Von der litauischen Presse bringt nur ein Sonntagsblatt die amtliche Meldung ohne jeden Kommentar. Die deutschen Blätter, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, sind sämtlich beschlagnahmt worden, auch das „Berliner Tageblatt", das sich bisher außerordentlich stark zurückgehalten hatte.

b **Genf**, 8. Februar.

Die Reichsregierung hat beschlossen, an den Generalsekretär des Völkerbundes das Ersuchen zu richten, den Völkerbundsrat unverzüglich zu einer außerordentlichen Ratstagung zur Behandlung des Falles einzuberufen.

Von litauischer Seite wird zu der Anrufung des Völkerbundsrats durch Deutschland erklärt, daß die deutsche Regierung hierzu kein Recht habe, da Deutschland erst nach der Unterzeichnung des Memelabkommens Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Außerdem liege ein Bruch des Memelabkommens nicht vor. Deutschland beruft sich darauf, daß es als ständiege Ratsmacht auf Grund des Artikels 17 des Memelabkommens berechtigt sei, den Völkerbundsrat wegen eines Bruchs dieses Abkommens anzurufen.

Der Calmette-Prozeß.

Von Ernst Fischer.

d **Lübeck**, 6. Februar.

Am Sonnabend um 18 Uhr verkündete das Gericht im CALMETTE-Prozeß folgendes Urteil:

Professor DEYKE wird wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Professor Dr. ALTSTAEDT wird wegen Vergehens der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einer Strafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt.

Die Angeklagten KLOTZ und Schwester Anna SCHÜTZE werden freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Freispruch erfolgt ist, der Staatskasse, soweit sie verurteilt sind, den Angeklagten auferlegt.

In der Begründung des Urteils wird den Verurteilten Fahrlässigkeit sowohl bei der Einführung wie bei der Durchführung des CALMETTEschen Verfahrens vorgeworfen. Diese Fahrlässigkeit liege auch darin, daß man den Eltern, Hebammen und Schwestern den Impfstoff zur Fütterung an die Kinder verabreicht habe. Hieran seien Professor DEYKE und Dr. ALTSTAEDT mitbeteiligt. Die Mitverantwortung ALTSTAEDTS für die Herstellung des Impfstoffes ergebe sich daraus, daß ALTSTAEDT als Träger der Einführung des CALMETTE-Verfahrens anzusehen sei. Das Lübecker Laboratorium möge ein ausgezeichnetes Krankenhaus-Laboratorium sein, für den Zweck der Herstellung des Impfstoffes sei es jedoch nicht geeignet gewesen.

*

k **Paris**, 8. Februar.

Professor CALMETTE, der Erfinder des nach ihm benannten Impfverfahrens, äußert sich in der Pariser Presse über das Urteil im Lübecker Prozeß. Er betont, daß das Urteil insofern seinem Wunsch entspreche, als darin ausdrücklich festgestellt worden sei, daß sein Verfahren an dem Tod der Kinder vollkommen unschuldig sei. Andererseits bedauere er aber, daß Professor DEYKE und Dr. ALTSTAEDT, deren wissenschaftliche Vergangenheit makellos sei und deren Fähigkeit größte Achtung verdiene, für die Ursachen verantwortlich gemacht worden seien, die den Tod der Kinder herbeiführten. Er hoffe, daß sie in kürzester Zeit auf freien Fuß gesetzt würden.

Will CALMETTE uns nicht verraten, wen er für den Schuldigen hält? Die Schriftleitung.

*

Die Gerichtsverhandlungen sind zu Ende. Am Samstag ist nach einer Verhandlungsdauer von beinahe fünf Monaten, fast zwei Jahre nach dem Lübecker Kinder-Sterben das Urteil verkündet worden.

Die lange Verhandlungszeit, der späte Beginn der Hauptverhandlung hat wohl in manchem den Verdacht wachgerufen, daß in diesem Prozeß eine gewisse Verschleppungstaktik befolgt wurde, weil Bürgerliche die Angeklagten, Proletarierkinder die Geschädigten sind. Das ist durchaus möglich, freilich schwer beweisbar.

In ungewöhnlichem Ausmaß sind in diesem Prozeß Sachverständige schon vor der Verhandlung tätig gewesen. Schwierige Fragen und Untersuchungen verspäteten den Beginn der Verhandlung. Welches war der Tatbestand, den es zu klären galt?

In Erinnerung aller ist wohl noch, daß im Frühling 1930 in Lübeck eine große Anzahl Säuglinge an schwerer Tuberkulose erkrankt und gestorben ist und daß diese so zahlreichen Todesfälle in Verbindung gebracht wurden mit der sogenannten „CALMETTEschen Schutzfütterung gegen Tuberkulose", die kurz zuvor dort amtlich eingeführt worden war. In der Tat waren die Erkrankungen und Todesfälle der Kinder größtenteil durch die in Lübeck erfolgte Schutzimpfung bedingt; das ergaben schon die ersten Feststellungen, die von keiner Seite bestritten wurden. Ungelöst blieben aber für die erregte Oeffentlichkeit ein paar Fragen, die vom Gericht geklärt werden sollten. Wie konnte man in Lübeck ein Tuberkulose-Schutzverfahren anwenden, das statt des versprochenen Schutzes den Tod an Tuberkulose herbeiführt? Sind diejenigen, die für die Einführung des Verfahrens in Lübeck verantwortlich sind, schuld am Tod der gestorbenen Kinder und dem Siechtum der andern? Der Umstand, daß nach geschehenem Unglück von einem der beteiligten Aerzte der angewandte Schutzstoff vernichtet worden ist, legte noch einen andern Verdacht nahe: Entsprach dieser Schutzstoff in seiner Zusammensetzung den Vorschriften des CALMETTEschen Verfahrens? Wer ist für eine Abweichung, sofern sie vorlag, verantwortlich? Und noch eine weitere Frage entstand: Hätte man den Zusammenhang der Erkrankungen und Todesfälle mit dem sogenannten Schutzverfahren nicht schon viel früher erkennen und so das Ausmaß der Katastrophe wesentlich einschränken können?

Die Tuberkulose des Menschen ist in ihren verschiedenen Formen (Lugentuberkulose, Knochentuberkulose, Hauttuberkulose u. s. w.) immer darauf zurückzuführen, daß Tuberkel-Bazillen sich im menschlichen Körper angesiedelt haben und dort die für Tuberkulose typischen Krankheitserscheinungen hervorrufen. Wie verbreitet diese Krankheitskeime sind,

ergibt sich daraus, daß bei 90 bis 100 % aller nach dem 15. Lebensjahr Gestorbenen tuberkulöse Veränderungen an der Leiche nachweisbar sind. Das bedeutet aber nicht, daß alle diese Menschen an Tuberkulose erkrankt sind. Die Veränderungen, die durch den Tuberkel-Bazillus hervorgerufen werden, können so gering sein, daß der Träger nichts merkt und daß auch die sorgfältigste ärztliche Untersuchung am Lebenden die Veränderungen nicht aufdeckt. Wie groß die Zahl derjenigen ist, die an Tuberkulose tatsächlich erkranken, läßt sich schwer ermitteln; hingegen kennen wir annähernd genau die Todesfälle, die auf Tuberkulose zurückzuführen sind.

Im Jahr 1929 starben von je 10 000 Menschen

im Alter von	im ganzen	an Tuberkulose	Tuberkulose-Sterbefälle in Prozenten aller Sterbefälle
0— 1 Jahr	861,2	9,3	1,1
1— 5 Jahren	64,2	5,1	7,8
5—15 Jahren	17,8	2,1	11,8
15—30 Jahren	32,7	10,3	31,5
30—60 Jahren	78,5	10,2	13,0
60—70 Jahren	350,2	11,9	3,4
über 70 Jahren	1145,8	8,6	0,8
zusammen:	136,1	8,7	6,4

Im ersten Lebensjahr sind hiernach die Todesfälle auf Grund von Tuberkulose prozentual auffallend selten. Wir dürfen uns dadurch über die Gefahr der Tuberkulose für dieses Lebensalter nicht hinwegtäuschen lassen; sie wird nur verschleiert durch die Tatsache, daß die Sterblichkeit in diesem Alter außerordentlich hoch ist. In der Altersklasse der Fünf- bis Fünfzehnjährigen sind — auf je 10 000 Kinder — im ganzen noch nicht einmal doppelt so viel Todesfälle vorgekommen, wie von den Säuglingen an Tuberkulose gestorben sind.

Für das Alter von 15 bis 30 Jahren ist beinahe ein Drittel aller Todesfälle durch Tuberkulose bedingt. Wie sehr gerade in diesem Alter die Tuberkulose wütet, erhellt aus der Tatsache, daß mehr als die Hälfte derer, die zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr von der Invaliden-Versicherung zur Unterstützung zugelassen werden, durch Tuberkulose arbeitsunfähig geworden sind. Allgemein anerkannt ist auch, daß für die verschiedenen Bevölkerungsschichten die Häufigkeit der Tuberkulose-Erkrankungen in dem Maße ansteigt, wie sich die sozialen Verhältnisse (Wohnung, Ernährung u. s. w.) verschlechtern.

Es gibt ein ungefährliches Vorbeugungsmittel gegen die Tuberkulose: anständige Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, hygienisch einwandfreie Arbeitsstätten! Die sogenannten Schutzimpfungen, mögen sie auch für den einzelnen nie ganz entbehrlich werden, sind heute doch im wesentlichen nur ein Versuch der kapitalistischen Gesellschaft, sich von der Verantwortung zu drücken für das Unheil, das sie im Proletariat angerichtet hat und noch anrichtet.

Unter den medizinischen Heilverfahren kennen wir dagegen bis heute weder ein immer erfolgreiches Heilmittel gegen die Tuberkulose, noch ein sicheres Schutzmittel.

Kann man überhaupt von einem Heilmittel fordern, daß es immer wirksam ist, also nie versagt? Wie hoch gespannt diese Forderung ist, wird klar, wenn man nach den Heilmitteln fragt, von denen nur feststeht, daß sie in einigen Fällen helfen und daß sie nie Schaden anrichten. Jeder Arzt muß zugeben, daß man von kaum einem Heilmittel gegen ernstere Erkrankungen mit gutem Gewissen behaupten kann, daß es nicht auch Schaden stiften könnte. Bei einer großen Anzahl solcher Heilmittel, auf deren Gebrauch wir gerade wegen ihres häufigen Nutzens nicht verzichten dürfen, wissen wir, daß sie selbst bei völlig sachgemäßer Anwendung dem Patienten gelegentlich nicht nützen, sondern schaden. Dieses Versagen können wir im einzelnen Fall nicht voraussehen. Ein Beispiel mag genügen: Auf 100 000 kunstgemäß ausgeführte Narkosen kommt ungefähr ein Todesfall, der durch die Narkose bedingt ist. Trotzdem kann ein gewissenhafter Arzt sich nicht davon abhalten lassen, die Narkose anzuwenden; er müßte sonst auf alle lebensrettenden Operationen verzichten.

Es wäre also unsinnig, zu fordern, daß nur solche Heilmittel angewandt werden, die nie schaden, oder gar nur solche, bei denen feststeht, daß sie in allen Fällen Nutzen bringen. Es sollte vielmehr immer der voraussichtliche Nutzen gegen den möglicherweise eintretenden Schaden abgewogen werden. Das ist nicht immer so einfach wie in dem Beispiel der Narkose. In vielen Fällen läßt sich die Wahrscheinlichkeit und die Höhe des möglichen Schadens garnicht statistisch erfassen. Das Bestreben der Mediziner, durch Tierversuche über die Schädlichkeit eines Mittels Klarheit zu schaffen, ehe dieses Mittel auf Menschen angewandt wird, führt nicht immer zum Ziel. Die Wirkungen eines Medikamentes auf einen Menschen können andere sein als seine Wirkungen auf ein Tier. Von anderen Bedenken gegen den Tierversuch soll hier nicht gesprochen werden.

Aber selbst wenn der Arzt die möglichen Wirkungen eines Verfahrens genau übersieht, so steht ihm darum noch nicht das Recht zu, selber über die Anwendung des Verfahrens zu entscheiden. Seine Aufgabe ist es nicht, seine Patienten zu bevormunden, sondern nur, sie zu beraten. Ist der Kranke überhaupt zurechnungsfähig, so genügt es im allgemeinen dazu, ihnen sachverständig das Für und Wider des Heilverfahrens auseinanderzusetzen und sie zu einem vernünftigen Entschluß unter Berücksichtigung ihres Interesses und ihrer Situation zu beraten. Ein Arzt, der mehr tut, maßt sich an, der Vormund seiner Kranken zu sein, und überschreitet damit seine Befugnis. (Fortsetzung folgt.)

Vom Kriegsschauplatz in Ostasien.

Die Truppentransporte auf seiten der Japaner halten an. Es verlautet, daß am Sonntag 10 000 Soldaten nach Schanghai abtransportiert seien.

SUN FO, der ehemalige chinesische Ministerpräsident, hat erklärt, daß die chinesische Regierung entschlossen sei, das gesamte chinesische Volk zum Kampf gegen Japan aufzurufen.

Am Sonnabend haben sehr schwere Kämpfe in Tschapei stattgefunden. Die Stadt soll nunmehr vollständig niedergebrannt sein. Der chinesische Bürgermeister hat den englischen Konsul unterrichtet, daß die Chinesen zwar keine Bombenflugzeuge, aber Jagdflugzeuge, fortan verwenden würden. Die chinesische Regierung hat beschlossen, wegen der Beschießung von Wusung eine neue Protestnote beim Völkerbund einzureichen.

Die japanische Regierung hat an ihre Vertreter im Ausland eine Erklärung herausgegeben, in der diese veranlaßt werden, die heuchlerische Politik ihrer Regierung zu vertreten. Japan habe unter allen Nationen die größten Interessen in Schanghai; die Streitkräfte der Chinesen seien den ihren weit überlegen (Was von Haus aus nicht erstaunlich ist, da es sich um chinesisches Gebiet handelt. D. Red.). Japan werde nur eingreifen, wenn es von den Chinesen herausgefordert werde.

Wie aus Charbin gemeldet wird, ist dort nach der Besetzung der Stadt durch die Japaner Ruhe eingetreten. Die japanischen Behörden haben verlangt, daß der Verkehr auf der chinesischen Ostbahn wieder normal aufgenommen werden müsse.

Der chinesische Außenminister hat erklärt, daß die chinesische Regierung keine Trennung zwischen der Behandlung der mandschurischen und der Schanghaier Frage anerkennt. Beide Gebiete seien Bestandteile des chinesischen Reiches. Man werde erst dann mit Japan verhandeln, wenn die japanischen Truppen nicht nur Schanghai, sondern auch die Mandschurei verlassen hätten.

Der General MA hat einen Aufruf an die chinesische Bevölkerung der Mandschurei erlassen, wonach er sich an die Spitze der chinesischen Bewegung stellen will, um die Mandschurei zurückzuerobern.

Amerikaner und Engländer, wie auch die Beamten des chinesischen Außenministeriums sollen Nanking am Sonntag verlassen haben. Neue Beschießungen der Stadt durch die Japaner werden erwartet.

Nach den neuesten Meldungen vom Montag ist es den Japanern gelungen, das Dorf Wusung zu besetzen. Die Forts werden von den Chinesen gehalten.

In Hankau soll das japanische Konsulat von chinesischen Soldaten überfallen worden sein. Der japanische Konsul habe Bestrafung und vollen Schadenersatz von den chinesischen Behörden verlangt.

Auch die japanische Regierung hat dem Völkerbund eine neue Note überreicht. Die Erklärungen darin unterscheiden sich nicht von den früheren Rechtfertigungsversuchen Tokios.

Parlamentarische Unterhaltungen in England.

Das Unterhaus zu Japans Feldzug.

Wir geben hier den Bericht einer Debatte über den Krieg im Fernen Osten wieder, die am 2. Februar im englischen Unterhaus stattgefunden hat, weil sie nicht nur ein helles Licht auf die Sachkenntnis wirft, mit der britische Staatsmänner die Zeitgeschichte verfolgen, sondern auch zeigt, wie man die Bereitschaft eines Sozialisten, ein wahres Wort über China zu sagen in diesem Haus der Right Honourable Gentlemen (der wahrhaft ehrenwerten Herren) beantwortet.

SIMON, der englische Außenminister, erinnerte lebhaft an seinen Kollegen CHAMBERLAIN, der einmal bei einer Diskussion über Mandatsfragen in Kleinasien seinen Nachbar fragte: „Ach bitte sagen Sie doch, wo liegt eigentlich Angora?"

SIMON begann den Bericht der Regierung über Ostasien folgendermaßen: „Ich bedauere feststellen zu müssen, daß in der Nacht vom 28. Januar die Feindseligkeiten zwischen Chinesen und Japanern in Schanghai ausgebrochen sind." Nachrichten aus Ostasien früheren Datums waren dem Gedächtnis dieses Asienkenners, der den Bericht über Indien geschrieben hat, offenbar längst entschwunden.

Dann begann lästiger Weise LANSBURY, der Führer der Arbeiterpartei, eine Anfrage zu stellen.

LANSBURY bat den Ministerpräsidenten MACDONALD um die Erklärung, ob er für eine baldige Aussprache Sorge tragen würde.

MACDONALD erwiderte, daß bisher keine Antwort Japans auf die von der U. S. A., Frankreich, Italien und England überreichten Noten eingetroffen sei und deshalb eine Debatte sehr unerwünscht sei. Sie würde wahrscheinlich nur verstimmen und könnte unmöglich irgendeinen Erfolg haben. (Hört, hört!)

LANSBURY erwiderte mit ziemlich erregter Stimme, England und die Welt müßten doch erkennen, daß die japanische Regierung ein Stück Seeräuberei beginne.

Rufe: Nehmen Sie das zurück.

Der Parlamentspräsident: Der ehrenwerte Gentleman darf nicht vergessen, daß er von einer *befreundeten Macht* spricht.

Ein konservativer Adliger sprach von der schlimmen Wirkung, die die Erklärung LANSBURYS auf fremde Mächte haben könnte.

Der Parlamentspräsident: Ich habe schon einmal die Aufmerksamkeit des ehrenwerten Gentleman darauf gerichtet, daß er dergleichen Bemerkungen nicht im Zusammenhang mit befreundeten Mächten machen soll.

Einige Minister rufen von neuem: Zurückziehen!

LANSBURY: Ich denke nicht daran.

Ein Konservativer: Dann setzen Sie sich hin.

LANSBURY: In diesem Haus ist von der sowjetrussischen Regierung, die auch eine befreundete Macht ist, wieder und wieder verächtlich gesprochen worden.

Ein anderer Konservativer fragte, ob es nicht ein Mißbrauch der Fragezeit sei, daß der Führer der Opposition eine befreundete Macht angreife.

Der Präsident: Ich habe schon gesagt, was ich zu sagen habe. Ich will es nicht wiederholen.

LANSBURY: Ich möchte den Ministerpräsidenten fragen, ob er sich weigert, das Zusammenkommen einer baldigen Debatte zu fördern.

MAXTON, ein Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, anstatt LANSBURY zu unterstützen, stellte die eines „Sozialisten" würdige nationalistische Frage, was das Außenministerium *eigentlich unternommen habe*, da doch jetzt britische Staatsbürger in ernster Gefahr seien.

MACDONALD: Ich bin nicht gebeten worden, Auskunft zu erteilen. Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte ich bereitwilligst erwogen, ob eine Auskunft angebracht ist. Was hier aber gewünscht wird, ist eine Debatte, und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß der Führer der Opposition uns eben einen ausgezeichneten Beweis dafür gegeben hat, was er eigentlich damit im Sinne hat.

LANSBURY beantragte Vertagung des Hauses unter dem Hinweis darauf, daß es bei der Regierung an einer entschiedenen Politik mangele, sowohl in bezug auf den Schutz englischer Bürger wie einer schnellen Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes durch den Völkerbund.

Der Parlamentspräsident, unter dem Gelächter des Hauses: Dieser Antrag ist auch nicht sehr entschieden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(32. Fortsetzung.)

Der andre nickt. „Wenn Sie nicht zu ermüdet sind von den unerhörten Anstrengungen, die Ihnen in den letzten Tagen zugemutet wurden, dann kann ich Ihnen die Geschäfte sofort übergeben."

„Ich fühle mich ziemlich frisch", antwortet Brandt. Pause. „Als ich vor achtzig Stunden abflog, schien der Frieden Frankreichs gesichert, heute erinnert es mich an ein Schiff in Seenot."

Obwohl die Worte ohne Schärfe gefallen sind, empfindet sie Saint Brice wie eine Einleitung zu vorbereitetem Angriff. Aber er hat sich in der Gewalt, er ist entschlossen, Unduldsamkeit mit verdoppelter Liebenswürdigkeit zu parieren. „Erlauben Sie, verehrter Herr Brandt, daß ich Sie mit allen Einzelheiten bekanntmache."

„Ménard und Champelle haben mich in großen Zügen schon während der Herfahrt informiert", entgegnet Brandt, während er ohne weiteres den gewohnten Platz am Arbeitstisch einnimmt. „Im Augenblick kommt es wohl auch weniger auf Einzelheiten an als auf die Gesinnung, mit der dem unerhörten Fall zu Leibe gerückt werden muß. Es riecht verdächtig nach Katastrophe." Brandt hat ohne Unfreundlichkeit gesprochen, gleichsam nur feststellend.

Saint Brice wirft unter seinen müden, herabhängenden Lidern einen starren Blick auf den Kollegen. „Sie erlauben", lächelt er, „daß ich Ihren stillen Vorwurf schweigend überhöre." Unnahbare Kühle geht plötzlich von dem alten Aristokraten aus. „Lassen Sie mich bitte in chronologischer Reihenfolge berichten."

Er hat auf der anderen Seite des Tisches Platz genommen. Wie zu einem glänzenden Plädoyer setzt er seine Rede an. Wer kann, wie dieser kluge Taktiker, in wenigen Sätzen das Geschehen der letzten Tage in solcher Plastik aufbauen? Aus gegebenen Tatsachen Schlüsse und Folgerungen ziehen, das Labyrinth der zahllosen Konferenzen mit Botschaftern, Völkerbundsrat und fremden Regierungen mit solcher Klarheit beleuchten, die kritische Sonde an die Dinge legen, aus dem Wust der Telegramme die großen Linien herausschälen und die Maßnahmen des französischen Kabinetts in ihrer unantastbaren Logik und Notwendigkeit aufzeigen wie dieser gewaltige Dialektiker? In seiner Hand sammeln sich wie bei einem schwierigen Kartenspiel die Trümpfe, alle Argumente fallen spielend aus beiden Handgelenken, jeder Satz ist geschliffen in der Form, im Fundament von Beweiskraft untermauert. „Sie sehen, verehrter Herr Brandt", so schließt er endlich, „Glied reihte sich an Glied, die Wahl der Mittel war nicht schwer, weil Vernunft und Ehrgefühl sie vorschrieben. Sie werden Ihre Billigung nicht versagen."

Hartnäckig schweigt Brandt. Nicht ein einziges Mal hat er den Greis unterbrochen. Seine spähenden Augen durchfliegen die zahllosen Depeschen und Akten, die vor ihm aufgestapelt sind.

„Und jetzt soll Rimbot abberufen werden?" fragt er, indem er sich zurücklehnt.

Das ist der Beschluß des Kabinetts. Debatten darüber wären also zwecklos", antwortet Saint Brice. „Ich wollte nur loyal handeln, deshalb wartete ich mit dem Abberufungsbefehl bis zu Ihrer Landung. Ich möche nicht erleben, daß Herr Capponi unsern Botschafter einfach nach Hause schickt."

Brandt steht langsam auf, bleibt unbeweglich stehen. „Ueber das Ziel, Baron, das erreicht werden muß, sind wir uns einig? Frieden um jeden Preis."

Saint Brice fährt in die Höhe. „Um jeden?!"

„Um jeden Preis!" wiederholt Brandt ruhig. „Das Ziel schreibt uns das Gesetz vor. Ich wünsche den Krieg um jeden Preis zu verhindern, also tue ich nichts, was ihn unfehlbar näherbringt."

„Es gibt Gesetze, die uns von der Ehre vorgeschrieben werden!"

Brandt lächelt kaum merklich. „Sagen wir lieber: von einer gewissen Interessenpolitik."

„Die dem ganzen Volk zugute kommt!" wirft der Greis energisch ein.

Brandt zuckt die Achsel. „Die Massen aller Völker fordern nur das eine, nämlich, daß ihnen nicht der Boden unter den Füßen unterhöhlt wird."

Saint Brice sieht mißtrauisch in das ruhige Gesicht des Kollegen. „Sie würden sich also auch nicht scheuen, unsern südslawischen Bundesgenossen preiszugeben?" forscht er vorsichtig.

„Richtig, der südslawische Bundesgenosse! Sie kennen ja meine Begeisterung für Militärbedürfnisse!" Der Hohn schwingt durch seine Worte. „Ich habe vor achtundvierzig Stunden durch unseren Gesandten in Belgrad erklären lassen, daß Frankreich keinen Finger rührt, wenn Politik zum Abenteuer wird. Ich ersehe allerdings zu meiner maßlosen Ueberraschung aus den Akten hier, daß von Paris aus das Belgrader Feuer fröhlich angeblasen wurde."

Saint Brice trommelt die Fingerspitzen gegeneinander. „Ich führe unsre bewährte Politik fort, die nicht untätig zusieht, daß der Italiener seine Machtsphäre erweitert. Albanien darf niemals römische Kolonie werden!"

Brandt kreuzt die Arme vor der Brust. „Mit welchem Recht wollen Sie das verhindern? Die albanische Regierung erlaubt die italienische Ansiedlung, bitte! Hat Frankreich je moralische Bedenken gehabt, in Afrika und andren Zonen fette Kolonien einzustecken, häufig genug gegen den Willen der Eingeborenen, oft auch mit Gewalt?"

Der Ministerpräsident kräuselt ironisch die Lippen: „Sie verfechten Capponis Sache mit einem Freimut, der mich überrascht!"

„Ich bemühe mich nur, die im Privatverkehr üblichen Grundsätze von Moral auch in der Politik zur Anwendung zu bringen. Soll etwa wegen einiger Ungezogenheiten des Balkans ganz Europa ein Schutthaufen werden? Denn so weit sind wir nahezu! Jawohl, Baron, wir wollen keine Conti-Methoden anwenden und uns vorlügen: Oh, es gut uns gut, morgen wird es uns noch besser gehen! — Bitte, Baron, morgen kann Ihnen Herr Capponi Schlachtfelder servieren!"

(Fortsetzung folgt.)

Kundgebung für die spanische Revolution.

M.S. Die von einigen anarcho-syndikalistischen Verbänden einberufene Kundgebung am Mittwoch, dem 3. Februar, in den „Andreassälen“ nahm einen geschlossenen, ernsten Verlauf, der den Störungsversuchen einiger Kommunisten mit Festigkeit stand hielt. Die Genossen SOUCHY und ROCKER zeichneten auf Grund eigener Eindrücke ein Bild von der Begeisterung und Kraft der spanischen Revolutionäre.

Der revolutionäre Kampf in Spanien ist nach SOUCHY keineswegs zum siegreichen Ende geführt worden. Die sozialen Fragen sind überhaupt nicht gelöst; die alte, 60 000 Mann starke Zivilgarde besteht weiter; Streiks werden blutig niedergeschlagen. Auf den Landarbeitern lastet das Elend; 35 Prozent von ihnen sind arbeitslos; in ihren Reihen herrscht Zwietracht, Streit um das Land, das nach der Verfassung nicht enteignet, sondern gekauft werden soll. In einigen Provinzen, wie in Andalusien und Estremadura überwiegt der Großgrundbesitz, in Andalusien sind die Landarbeiter drei bis vier Monate im Jahr arbeitslos. In Galicien hat die Kirche viel Besitz; Pächter und Klein-Bauern leben dort unter erdrückenden Abgaben. In Katalonien müssen die Pächter die Hälfte ihrer Ernte als Pachtzins abliefern. Sie fordern die Abschaffung dieser Naturabgaben und die Festsetzung einer erträglichen Pachtsumme.

Die Verfassung sieht eine Ansiedlung von 70 000 Landarbeitern auf dem bisherigen Großgrundbesitz vor. Die spanischen anarchistischen Gewerkschaften und die revolutionären Landarbeiter fordern eine entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes. Sie verlangen ferner, gemäß ihrer syndikalistischen Theorie, daß das Land den Landarbeitern zu gemeinsamem Eigentum und zu gemeinsamer Bewirtschaftung ohne Pachtzins überlassen wird.

Dieses Maximalprogramm ergänzen die andalusischen Landarbeiter durch Tagesforderungen. Sie verlangen einen fünfstündigen Arbeitstag im Winter mit einem Tageslohn von 7 Peseten (2,80 M.); einen siebenstündigen Arbeitstag im Sommer für einen Tageslohn von 8 Peseten (3,20 M.); gleichen Lohn für Männer und Frauen; freie Beförderung zur Arbeitsstelle, falls diese mehr als 2 km vom Wohnort entfernt ist; jeden 7. Tag einen Ruhetag; die Einführung des Mutterschaftsgeldes und das Verbot der Kinderarbeit.

Es sind bescheidene Forderungen. Sie zeigen, welche Kämpfe in Spanien noch durchgefochten werden müssen, bis in dieser „revolutionären Republik“ das kapitalistische System zu Fall gebracht worden ist.

Welche Kräfte stellen die Anarchisten für diese Kämpfe bereit?

Der Redner berichtete aus dem Brief eines spanischen Genossen über die Hingabe der Anarchisten an ihr politisches Ideal. Ein Grundbesitzer hatte die Hergabe seines Gutes verweigert.

Daraufhin taten sich 400 Landarbeiter zusammen und zogen eines Morgens mit 180 Gespannen auf das Gut, begannen, es zu bearbeiten, um zu zeigen, was die kollektive Arbeit, ohne Organisation, ohne Autoritäten, zustande bringe. Bis in den Nachmittag hinein wurde mit Begeisterung gepflügt. Dann war die Tagesarbeit getan. Ruhig, stolz zogen sie nach Hause, in der Hoffnung, solche Aktionen zu wiederholen und sie auf die ganze spanische Arbeiterschaft auszudehnen.

Einen halben Tag hat diese Aktion die Duldung der Herrschenden gefunden. Dann erschien die Zivilgarde und machte aus den freien Bauern wieder schuftende Landarbeiter.

Aehnliche Erfahrungen werden überall in Spanien gemacht. In vielen Orten Spaniens, in Saguto, Barcelona, Sevilla, kam es zum Generalstreik, zur Entwaffnung der Bürgerwehr. Aber der Sieg dauerte nicht lange; ein bis zwei Tage, in Katalonien eine Woche, dann brach alles zusammen — es war nichts vorbereitet.

In Spanien ist die Stimmung revolutionär. Aber die Umstände, die Machtverhältnisse sind für die soziale Befreiung nicht günstiger als anderswo.

KORSCH, der zweite Redner, sprach sorgenvoll. Er erinnerte daran, daß der Syndikalismus in Italien eine Herrschaftsdauer von 22 Tagen gehabt habe. Er erörterte die Frage: Was können die internationalen Organisationen des Proletariats heute tun, um Spanien zu helfen? Er stellte sich auf den Standpunkt, daß der Faschismus heute den Satz längst aufgegeben habe, den MUSSOLINI einmal vertreten hat, daß der Faschismus keine Exportware sei. Für die II. Internationale und die Wirksamkeit der dritten fand er harte und sehr entschiedene Worte. Er sagte beispielsweise über die SPD, daß sie die erste nationalsozialistische Partei in Deutschland gewesen sei. Beweis: 1914. Auf dem Kongreß der II. Internationale in Köln habe man von der Last des YOUNG-Plans, von Zoll- und Währungsfragen gesprochen. Kein Wort gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges. Dies sei anders bei der III. Internationale, die LENIN ausdrücklich als Kampforganisation gegen imperialistische Kriege gegründet hat. Aber die Kommunistischen Parteien seien heute ohne internationale Wirksamkeit. Außer in Deutschland, wo die Partei zahlenmäßig stark sei, sei nur noch in Frankreich und der Tschechoslovakei von einer kommunistischen Partei zu sprechen. Es handle sich außerdem in diesen beiden Ländern um ausgesprochen parlamentarische Parteien.

Zum Schluß sprach ROCKER. In seiner leidenschaftlichen und warmen Art trat er für die spanischen Revolutionäre ein, deren beispiellose Opferkraft und Hingabe an die Sache des freien Sozialismus er durch viele Beispiele belegte. Er wirkt so, als wenn materialistische Ideen nicht nur seinem theoretischen Denken, sondern auch seiner Natur völlig fremd sind, und zugleich so, als wenn Disziplin und Einordnung für ihn gleichbedeutend ist mit Unfreiheit und Abschnürung jeder Initiative. Er berichtete darüber, daß in dem Parlament, das heute in Madrid tagt, 132 Attentäter säßen, Männer der Tat, wie er sagte. In diesem kühnen Geist, in dieser revolutionären Leidenschaft liegt ungeheure Kraft. Aber diese edle Kraft der Empörung steht unorganisiert und ohne den Willen zu einer straffen Organisation dem berechnenden und heimlichen Vorstößen fanatischer Jesuiten gegenüber und dem zermürbenden Geschwätz demokratischer Parteien, die die Routine von Geschäftsordnungen beherrschen. ROCKER sagte selber: „Die Revolution kommt langsam“.

Voruntersuchung gegen die Überfallenen von Felseneck.

h **Berlin**, 6. Februar.

Die Voruntersuchung wegen des Ueberfalles auf die Kolonie Felseneck ist merkwürdigerweise geteilt worden: Landgerichtsrat SCHUSTER führt die Voruntersuchung über „die Vorgänge, die sich um die Tötung des nationalsozialistischen Professors SCHWARZ gruppieren“; Landgerichtsrat OCHS führt die Voruntersuchung „zur Aufklärung des ersten Zusammenstoßes, in dessen Verlauf der Arbeiter KLEMKE getötet worden ist“. Die Untersuchungen laufen am Landgericht III. Die Voruntersuchung unter Landgerichtsrat SCHUSTER läuft gegen 20 Personen, meist Mitglieder des Kampfbundes gegen Faschismus, und zwar wegen Raufhandels, Totschlags an SCHWARZ, versuchten Totschlages an WITKOWSKI, wegen schweren Raubes und Diebstahls (einige der Kolonisten sollen Fahrräder der flüchtenden Nazis weggenommen haben). In der von Landgerichtsrat OCHS geleiteten Voruntersuchung ist ein neuer Haftbefehl gegen den Nationalsozialisten WILLWOCK erlassen worden wegen des Verdachtes des Totschlags an KLEMKE und wegen Raufhandels.

*

Die Teilung des Verfahrens macht den fatalen Eindruck, als wolle man den Hauptschlag gegen die Kolonie führen statt gegen die Nationalsozialisten, die die Kolonie überfallen haben. Wie kann man vernünftigerweise die Abwehr der Kolonisten trennen von „dem ersten Zusammenstoß, der zur Tötung KLEMKES führte“? Geradezu ungeheuerlich ist es, die Kolonisten, die den Nationalsozialisten ihre Fahrräder wegnahmen, wegen schweren Raubes und Diebstahls anzuschuldigen.

Mussolini als Lebensreformer.

l **Rom**, 28. Januar.

MUSSOLINI hielt vor dem faschistischen Reichsverband der Aerzte eine Rede, in der er die Aerzte aufforderte, gewisse Vorurteile der Mode zu bekämpfen, so z. B. die Mode, übermäßig mager zu werden. Denn diese Mode schwäche die Rasse und habe auch wirtschaftliche Wirkungen. Als weiteren Auswuchs der Mode bezeichnete MUSSOLINI die Ansicht, daß die Mutterschaft die weibliche Schönheit beeinträchtige. Der Erfolg sei ein Geburtenrückgang in Italien, wo in diesem Jahre 56 000 Geburten weniger gemeldet seien als im Vorjahre. In diesem Zusammenhang entwickelte MUSSOLINI seine Theorie, die auf dem Grundsatz beruht: größte Geburtenziffer, geringste Sterblichkeit.

MUSSOLINI forderte ferner die Aerzte auf, für eine Aenderung der Lebensgewohnheiten einzutreten. Ich bin überzeugt, sagte er, daß unsere Art zu essen, sich zu kleiden, zu arbeiten und zu schlafen, erneuert werden müsse. Die Aerzte sollen darauf dringen, daß das Leben sich in rationelleren Formen abspiele. Alles, was sie auf ihrem Gebiet tun werden, um die Italiener an Bewegung, an frische Luft, an Turnen und Sport zu gewöhnen, wird vorzüglich sein, nicht nur vom physischen, sondern auch vom moralischen Gesichtspunkt, weil die Männer die stark sind, auch weise sind und sich nicht veranlaßt fühlen, ihre Kräfte zu mißbrauchen, wie das die Schwachen manchmal tun.

*

„Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein,
Mit glatten Köpfen und die nachts gut schlafen.
Der Cassius dort hat einen hohlen Blick;
Er denkt zu viel. Die Leute sind gefährlich.“

So sagte — nach Shakespeare — schon MUSSOLINIS Vorgänger: JULIUS CÄSAR.

Vormarsch der Konfessionsschule in Nürnberg.

In Nürnberg betrug bis 1929 der Prozentsatz der Schuleinschreibungen für die Simultanschule über 50 Prozent, im Jahre 1924 noch 59 Prozent. Die letzten drei Jahre ergeben folgendes Bild:

	Simultanschule	Konfessionsschule
1930	48,51 %	50,74 %
1931	46,8 %	52,7 %
1932	45,22 %	54,9 %

(„Bayerischer Kurier“, vom 18. Januar.)

Freidenkererfolg.

Erst kürzlich erschien die Statistik der Thüringer evangelischen Kirche für das Jahr 1930. Die auffälligste Veränderung gegenüber 1929 ist die starke Zunahme der Zahl der Kirchenaustritte: von 7542 im Jahre 1929 auf 28 527 im Jahre 1930. In der Austrittsziffer für 1930 sind 2493 konfessionsunmündige Kinder mitgezählt, und es stehen ihr nur 1414 Uebertritte (hauptsächlich Rücktritte) zur Thüringer Kirche gegenüber.

Heiterer Handel.

Die holländischen „Veilingen“.

Von Oscar Wettig.

Von Enkhuizen südwärts an bunten Blumenfeldern vorbei, dann durch die langgedehnte Häuserreihe von Bovenkarspel. Mitten im Ort Straße und Nebenstraße voller Autos. Ich werde aufmerksam, und schon zeigt mir ein freundlicher, älterer Herr mit den Worten „Bloemenbollenveiling“ (Blumenzwiebelversteigerung) den Weg. An einem großen Hof eine Betonhalle, über einem Kanal eine weitere voll parkender Autos. In der ersten Halle steht Korb an Korb voll brauner, schwarzer und violetter Blumenzwiebeln. Sie glänzen wie poliert. An jedem offenen Korb steckt eine Nummer. Daneben sind oft vier bis fünf schon zugenähte Körbe mit der gleichen Nummer aufeinander getürmt. An einem kleinen Tischchen am Eingang bekomme ich bereitwillig einen Katalog, der ungefähr 2500 Verkaufsnummern nebst Stückzahl aufzählt. Männer gehen umher, greifen in die Körbe, und lassen die Zwiebeln prüfend durch die Finger rinnen.

Am anderen Eingang klettere ich auf einer ziemlich primitiven Treppe in den oberen Raum. Die wie in einem Hörsaal ansteigenden Bänke sind gedrängt voll von Männern, die meisten mit einem Katalog vor sich. Auch außerhalb der Bänke drängt sich noch ein zahlreiches Publikum. Sie notieren eifrig die aufgerufenen Ziffern in ihre Kataloge. Vorn befindet sich über einem Podium eine riesige, ungefähr drei Meter hohe Uhr. Statt der Uhrziffern trägt sie jedoch die Ziffern von 0 bis ungefähr 100. Außerdem befinden sich auf der Scheibe noch viele regelmäßig angeordnete dunkle Knöpfe. Der seitlich stehende Ansager ruft: „Weiter!“ Der riesige Zeiger beginnt von Hundert abwärts zu kreisen. Gespannt verfolgen ihn alle. Jetzt bleibt er auf 33 stehen, gleichzeitig leuchtet auf einem der dunklen Knöpfe eine Nummer auf. „Achtundsechzig, Dreiunddreißig!“ Schon schallt's von der gegenüberliegenden Seite: „Achtzehnhundert! Fünf Vierundneunzig!“ „Weiter!“ Der Zeiger beginnt wieder zu kreisen, hält, einer der Knöpfe leuchtet auf, der Ansager ruft die Ziffer, der gegenübersitzende Rechner die Stückziffer und den Preis, „weiter!“ So geht die Auktion in rasendem Tempo vor sich; 50 Katalog-Nummern sind in 4 bis 5 Minuten erledigt, ohne Geschrei und langes Feilschen. Die Käufer sitzen in der Mitte, jeder hat an seinem numerierten Platz einen Druckknopf. Der Zeiger beginnt zu kreisen, und zwar von oben nach unten. Will der Händler den Posten steigern, so drückt er bei der Ziffer, die ihm annehmbar erscheint, auf den Druckknopf; der Zeiger bleibt stehen und gleichzeitig leuchtet seine Platznummer auf der Scheibe auf. Damit hat er den Posten gekauft. Aufpassen muß er nur, daß ihm keiner durch Drücken bei einer höheren Ziffer den Posten wegschnappt oder daß er durch vorzeitiges Drücken zu teuer kauft. Meist befinden sich unter den Bietern, die ja eingetragen sein müssen, noch ein oder zwei Vertreter der Veilings-Genossenschaft. Sie greifen ein, wenn Gefahr besteht, daß die Bieter durch Uebereinkommen die Preise zu drücken versuchen. Die Zuschauer rundherum sind meistens die Verkäufer, die sich eifrig die Preise notieren; die Qualität der Konkurrenzware haben sie ja schon vorher im Ausstellungsraum prüfen können.

Grootebroek, Kartoffelveiling: Hier führt ein Kanal mitten durch den Veilingsraum. Jeder Bauer bekommt eine Nummer und fährt, wenn die Reihe an ihm ist, langsam durch den Veilingsraum. Die Kartoffelsäcke, zu 50 Kilo, sind in Reih und Glied, offen mit umgekrempeltem Sackrand, auf dem Boot aufgebaut; oben drauf steht ein Täfelchen, auf dem Menge und Qualität notiert sind. Die Käufer sitzen schräg zum Kanal, so daß sie die Ware besehen können, lassen sich auch einmal eine Probe reichen, besonders, wenn dazwischen einmal ein Posten Blumenkohl angeboten ist. Der Ansager ruft Menge und Qualität aus; der Rechner gibt dem Bauer eine Quittung und der Helfer des Verkäufers sagt ihm, wo er die Produkte ausladen soll. Denn Grootebroek ist ein kleiner Hafen mit zahlreichen Kais, Schuppen und Bahngeleisen.

Diese Veilingen gibt es in Süd- und Nordholland, fast stets für bestimmte Produkte spezialisiert. Sie sind eines der Mittel, auf denen der Aufstieg der holländischen Landwirtschaft beruht. Für Produkte, deren Beschaffenheit einen Verkauf im Großen nicht zu erlauben schien, ist durch sie ein Großmarkt geschaffen worden. Der Bauer weiß: ich kann meine Produkte dort verkaufen und finde bestimmt Käufer. Der Händler weiß: Frühkartoffeln kriege ich in Grootebroek, Kohl in Broek op Langendijk, Blumen in Aalsmeer u. s. w. Andererseits erzwangen die Versteigerungen eine Standardisierung der Produkte und der Verpackung. Jede Versteigerungs-Genossenschaft bürgt für Qualität, Gewicht oder Menge der verkauften Produkte. Ein Gartenbaulehrer in Naaldwijk erzählte: „Es werden natürlich auch Stichproben gemacht und mal eine Kiste Tomaten umgestülpt. Man kennt so seine Leute.“ Gegen Verstöße wird streng vorgegangen. Und die meisten Bauern haben heute schon eingesehen, daß Ehrlichkeit dem Käufer gegenüber für beide Teile das beste ist. So braucht z. B. die Eierverkaufszentrale in Roermond heute den größten Teil ihrer Eier nicht mehr zu versteigern, sondern kann sie auf Grund der einheitlichen Qualität direkt an die Abnehmer liefern. Außerdem ist durch dieses Versteigerungswesen der holländische Bauer, auch zum Kaufmann erzogen worden, der seine Erzeugung der Nachfrage anpaßt.

Erstaunlich waren die Offenheit und das Entgegenkommen, das einem entgegengebracht wurde. Seinen schönsten Ausdruck fand das in Grootebroek, wo mein Führer mich zum Glas Tee einlud: „Wie sagt man in Deutschland“, erklärte er in gebrochenem Deutsch: „von wegen die Freundschaft.“

Zu dieser Errungenschaft des Verkaufswesens haben die holländischen Bauern den Vater Staat nicht nötig gehabt, sondern den Weg zum Wohlstand aus eigener Kraft gefunden.

Vorsehung.

„Sieh doch, mein Sohn, wie weise die Vorsehung alles gemacht hat. Der Vogel legt seine Eier in sein Nest. Die Jungen werden ausschlüpfen gegen die Zeit, da es Würmer und Fliegen gibt, sie zu nähren. Dann singen sie ein Loblied zu Ehren des Schöpfers, der seine Geschöpfe überschüttet mit Wohltaten. . .

Singen die Würmer mit, Papa?“

MULTATULI.

Einmütige Ablehnung des Lohnabbaus bei den Buchdruckern.

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte der Betriebe Scherl, Mosse, Elsner, Selle-Eysler, Greve, Büxenstein, Langenscheidt, „Deutsche Tageszeitung", „Berliner Börsenzeitung" und H. S. Hermann haben gestern in einer Konferenz beschlossen, dem Verlangen der Firmenleitungen, die übertariflichen Zulagen bis zu 50 Prozent herabzusetzen, nicht nachzugeben.

Ebenso einmütig wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Belegschaften der angeführten Betriebe rückhaltlos die Stellungnahme billigen, die das Graphische Kartell bisher zu diesem Konflikt eingenommen hat.

Die meisten der erwähnten Firmen hatten ihren Belegschaften am Montag ein Ultimatum mit 48stündiger Frist gestellt, der Herabsetzung der übertariflichen Löhne bis zu 50 Prozent zuzustimmen. In allen Betrieben ist dieses Ultimatum von den Betriebsvertretungen im Auftrage der Belegschaften abgelehnt worden.

Der Konflikt erstreckt sich auf Betriebe, die 6000 Arbeiter beschäftigen und dem Buchdruckertarif unterstehen.

Es ist sehr zu hoffen und zu erwarten, daß die gut organisierten Buchdrucker den Scharfmachern der Harzburger Front beweisen, daß das „Dritte Reich" der völligen Versklavung der Arbeiterschaft noch in weiter Ferne ist.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Wedding: Dienstag, den 9. Februar, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstr. 12. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Kassel: Mittwoch, den 10. Februar, 20 Uhr, in Rothenditmold, Gasthaus Strickstrock, Naumburger Straße 18. Thema: Wie ist die Einheitsfront der Arbeiter möglich.

Leipzig: Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Zwei Bergarbeiter-Gewerkschaften tagen.

l Essen, 7. Februar.

In einer Kundgebung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands hielt der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, IMBUSCH, am Sonntag eine Rede, in der er seine Forderung nach Ueberführung des Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit wiederholte. Eine Uebernahme des Bergbaus unter Zugrundelegung des heutigen Kurses gegen angemessen zu verzinsende und auslosbare Obligationen sei nach seiner Ansicht möglich. Zum Schluß richtete IMBUSCH heftige Angriffe gegen die deutsche Schwerindustrie, die, wie er erklärte, eine Gefahr für das gesamte Volk sei.

r Bochum, 7. Februar.

Am Sonntag begann die Reichskonferenz des freigewerkschaftlichen Bergbau-Industrie-Arbeiterverbandes. Der Vorsitzende HUSEMANN unterstrich die Forderung des christlichen Bergarbeiterführers IMBUSCH nach Verstaatlichung des Bergbaus. Wenn eine Währungsreform durchgeführt würde, die unter Vermeidung inflationistischer Gefahren eine Entspannung gestatte, so werde darauf zu achten sein, daß freiwerdende Kredite nicht für bankrotte Unternehmungen, sondern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von einer Zentralstelle aus verwandt würden. Weiter sei der gewerkschaftliche Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß wirtschaftliche Kapitalfehlleitungen in Zukunft vermieden würden. Bei der Lage Deutschlands seien weitere Reparationszahlungen unmöglich.

Der zweite Vorsitzende SCHMIDT wandte sich vor allem gegen die Ausnahmebehandlung, die die Bestimmungen der letzten Notverordnung den Bergarbeitern gebracht habe und deren Folge es sei, daß heute in zahlreichen Revieren die Bergarbeiter weniger verdienten als im November 1925. Das einzige Ventil der ungeheuren Krise im Ruhrbergbau bleibe eine Verkürzung der Arbeitszeit bzw. die Einführung des Krümpersystems.

Aus einer Entschließung: Die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnungsstätten und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter halten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe erneut hinzuweisen.

In der zweiten Entschließung wird betont, daß eine Wiedererholung Deutschlands die Beseitigung der Reparationen erfordere.

Mit dem Rüstzeug der Barbaren.

h Berlin, 7. Februar.

In der Nacht zum Sonntag und in den frühen Morgenstunden kam es in verschiedenen Gegenden der Stadt zu schweren politischen Zusammenstößen, wobei mehrere Personen Verletzungen davontrugen. Insgesamt sind in der vergangenen Nacht und am Sonntag vormittag über 150 Zwangsgestellungen vorgenommen worden, darunter befanden sich 110 Nationalsozialisten, 20 Kommunisten, 20 angeblich Parteilose und zwei Stahlhelmleute.

r Leipzig, 7. Februar.

Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Beim Umzug der SPD wurde der Schluß des Zuges von Nationalsozialisten angegriffen. Es sind von nationalsozialistischer Seite auch Schüsse gefallen. Zwei Teilnehmer des Zuges wurden leicht verletzt.

Sie beten für den Frieden und arbeiten für den Krieg!

Im „Katholischen Kirchenblatt für das Dekanat Bochum" lesen wir:

„Die Tributleistungen, welche unserem wehrlosen Volke in geradezu ungeheuerlicher Größe auferlegt sind . . . , zerstören in brutaler Weise das Fundament der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit, sie zerstören die Grundidee des Christentums, die Liebe . . ."

Die Idee der christlichen Bruderliebe ist nicht erst durch den Versailler Vertrag zerstört worden. Schon im Weltkrieg hätte die Kirche Gelegenheit gehabt, dieser Idee zu dienen. Sie tat das damals ebenso wenig wie jetzt. Auch in dem Aufsatz über das Reparationsproblem findet man keinen Ausdruck des Willens zur Völkerverständigung. Es wird bedauert, daß die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland nicht mehr besteht. Es wird als „ein wohlüberlegter Plan der feindlichen Staatsmänner" bezeichnet, daß im Versailler Vertrag der Betrag der Reparationen noch nicht genannt wurde, „da sie fürchteten, daß unser Volk bei Kenntnis der von ihnen errechneten wahnsinnigen Summe von 132 Milliarden Goldmark den Vertrag nicht unterschrieben hätte".

Gleichzeitig kann man im Inseratenteil der katholischen Zeitungen lesen: „Katholische Frauen, betet für den Frieden."

Sie beten für den Frieden und arbeiten für den Krieg.

E. V.

Wie kommt man umsonst nach Kapstadt?

In einem Londoner Reisebüro löst ein Mann, der ganz den Eindruck eines Auswanderers macht, sechs Rückfahrkarten nach Kapstadt. Der Beamte, etwas verwundert, fragt ihn, ob er denn nicht beabsichtige, in Südafrika zu bleiben. „Gewiß", antwortet der Auswanderer, „die Sache liegt aber so: zwei Freunde von mir haben kein Geld, die Reise nach Kapstadt zu bezahlen. Da haben wir uns ausgerechnet, wenn wir hier für Papierpfunde Rückfahrkarten lösen und die unbenutzte Hälfte in Kapstadt gegen südafrikanische Goldpfunde verkaufen, verdienen wir dabei so viel, daß die Reise von London nach Kapstadt für zwei Personen dabei herauskommt."

Betriebsräteschulung.

Der „Aufwärts" teilt mit:

Der nächste Informationsabend für Betriebsräte findet am Dienstag, dem 9. Februar, um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 3 oder Saal 5 statt.

Den Betriebsräten ist hier unter Leitung von namhaften Arbeitsrechtlern die Möglichkeit gegeben, Fälle aus ihrer eigenen Praxis vorzutragen und zur Debatte zu stellen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Weitere Informationsabende finden am 23. Februar und 8. März 1932 statt.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 9. Februar.

Hamburg:
18.55 Dr. RATHJENS: Die Nationalbewegung in den arabischen Mandatsgebieten.

Königsberg:
19.20 „HANS SACHS." (Schwänke in freier Nachdichtung.)

Königswusterhausen:
20.15 Prof. Dr. GOLDSCHMIDT, Prof. RESCH und Dr. H. DUNCKER: Kommunismus und Eigentumsbegriff (Gemeinschaftsempfang).

Langenberg:
19.30 Obersteuersekretär KÜPPERS: Steuerliche Erleichterung für Gehalts- und Lohnempfänger.

Leipzig:
19.30 Aus deutschen Opern.

Mittwoch, den 10. Februar.

Berlin:
17.00 BRUNO SCHÖNLANK liest für die Jugend.
22.30 Tonfilmausschnitt aus den Völkerbundverhandlungen.

Hamburg:
16.00 HAYDN-MOZART-Konzert.

Königsberg:
11.15 Dipl.-Ing. GERSTENBERG: Unfall und Landmaschinen.
16.00 Elternstunde: Gehorsam und Wahrhaftigkeit.

Königswusterhausen:
11.30 Dr. TASCH: Was bedeutet das neue Milchgesetz für den bäuerlichen Besitzer?

Langenberg:
18.40 Geschäftsführer BREDDEMANN: Die Betriebsvertretungen im Urteil der Gewerbeaufsichtbehörden.

Leipzig:
19.00 Prof. Dr. RAAB: Aufgaben und Aussichten der deutschen Reparationspolitik. (Vergleiche dazu den Aufsatz „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver", im „Funken" Nr. 16.)

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über
Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:
Abrüstung, Völkerbund u. Frieden

THEODOR HÜPEDEN:
Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:
Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete" der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust
liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz Berlin N 58, Schwedter Str. 83
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 67
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen D4 Humboldt 3062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderheim
Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Theoretisches Rüstzeug für sozialistische Politik:

„Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik"
Von LEONARD NELSON
27 Seiten 80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag (Postscheckkonto: Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben" / Berlin S

Rund um die Genfer Konferenz.

R. B. **Genf**, 5. Februar.

Die Atmosphäre, die die Genfer Konferenz beherrscht, hat sich auf das Lager der anwesenden Journalisten übertragen. Die Franzosen sprechen nicht mit den Deutschen; die Chinesen grüßen die Japaner nicht. Im Pressesaal haben die „feindlichen“ Gruppen ihre Ecke für sich. Was nützt es, daß man auf den Straßen Abzeichen der Abrüstungskonferenz verkauft, auf denen abgebildet ist, wie ein Schwert von einem Olivenbaum gebrochen wird; daß auf die Briefmarken Friedenstauben gedruckt worden sind? Die dumpfe Stimmung vermag man damit nicht zu vertreiben. Sie ist vorhanden, und daher wagte man auch nicht, auf das Transparent an dem Tagungsgebäude der Konferenz „Abrüstungskonferenz“ zu schreiben, sondern man schrieb: Konferenz für die Beschränkung der Rüstungen.

Im übrigen ist Genf zur Zeit wohl der einzige Ort der Welt, in dem alle Hotels vom Keller bis zum Dach voll besetzt sind. Die Gastwirte dieser Stadt wird man zu den ernsthaftesten Friedensfreunden zählen dürfen.

*

Am ersten Sonnabend ist in Genf der Wille von Millionen Menschen zur Abrüstung verkündet worden. Vertreter der Gewerkschafts-Internationale, der II. Internationale und von Studenten- und Frauenorganisationen haben dazu das Wort ergriffen. Das Genfer „Journal“ hat zu diesem Unternehmen aus der Schule geplaudert:

„Die Kommission, die die Aufgabe hat, die Unterzeichnungsliste zu prüfen, ist dazu da, die Zensur des Völkerbundes zu ergänzen; denn es muß vermieden werden, daß die gefaßten Resolutionen gefährliche Gebiete berühren, wie das der Revision der Verträge oder den Angriff gewisser Mächte.“

Die Wochenschrift „La Lumière“, deren kluge Abrüstungspropaganda wir bereits ins Licht gerückt haben, veröffentlicht um der gleichen Propaganda willen eine Aufstellung der Gewinne der französischen Rüstungsindustriellen.

Nach dem Militär-Jahrbuch des Völkerbundes gibt Frankreich jährlich 11,5 Milliarden Francs für Rüstungen aus: vier Milliarden, also rund ein Drittel, gehen davon ab für Aufträge an die Privatindustrie. Die Aufträge an die Betonindustrie sind dabei nicht mitgezählt.

Man wird bei den Bestellungen an die Rüstungsindustrie an BRIAND erinnert, der in seiner geistvollen Art einmal davon gesprochen hat, daß die Briefe, die aus den Ministerien gehen, mit Federn aus dem gleichen Stahl geschrieben werden, aus dem man Kanonen macht.

Wie sie hineinschliddern.

Das französische Regierungsblatt „Le Temps“ schreibt über den chinesisch-japanischen Konflikt:

„Alles das ist ohne Zweifel kaum vereinbar mit den Grundsätzen des internationalen Rechts: wir befinden uns aber in einer Lage, an der man nichts ändern kann, die doch nur auf Umstände zurückzuführen ist, die durch die Anarchie Chinas verursacht wurden.“

Attentatsplan auf Litwinow.

m **Moskau**, 6. Februar.

Wie amtlich gemeldet wird, hat am Sonnabend der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, KRESTINSKI, **dem Generalsekretär des Völkerbundes, DRUMMOND, folgendes Telegramm gesandt: „Die Regierung der Sowjetunion erhielt Nachrichten, wonach die Weißrussen-Gruppe SCHATILOW-MILLER einen Anschlag auf den Außenkommissar LITWINOW in Genf verüben wolle. Der Anschlag soll von dem ehemaligen Vertreter des russischen kaiserlichen Roten Kreuzes in der Schweiz, LADISCHESKI, ausgeführt werden. Da zwischen der Sowjetregierung und der Schweiz keine diplomatischen Beziehungen bestehen, bitte ich Sie, Herr Generalsekretär,** die schweizerische Regierung sofort davon zu verständigen, um die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Außenkommissars und der russischen Abordnung zu treffen.“

DRUMMOND hat die erforderlichen Schritte bei der Schweizer Regierung unternommen.

m **Moskau**, 8. Februar.

Von der schweizerischen Regierung erhielt das Außenkommissariat der Sowjetunion die Nachricht, daß die Schweizer Behörden alle Maßnahmen für die Sicherheit LITWINOWS und sämtlicher Mitglieder der russischen Abordnung getroffen haben.

Reichspräsidentenwahl.

Die SPD.

g **Berlin**, 6. Februar.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hatte am Sonnabend eine Aussprache über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Dem Parteivorstand wurde die Vollmacht erteilt, „im gegebenen Augenblick die notwendigen Entscheidungen zu treffen“.

*

Das Ausschweigen der SPD über den Vorschlag des Einheitskandidaten der Arbeiterschaft nährt das Gerücht, daß die SPD nur auf die Gelegenheit wartet, zur Wahl des kleineren Uebels HINDENBURG aufzurufen.

Schlimmer, weil sie nicht nur die SPD-Arbeiter angeht, ist die Passivität der Freien Gewerkschaften in der Frage der Präsidentenwahl. Diese Passivität entspricht nicht der besonderen Verantwortung, die die Gewerkschaften heute für die Lösung vieler, vom parteipolitischen Standpunkt unabhängigen, Einheitsfrontaufgaben der Arbeiterschaft haben. Was den Gewerkschaften die Aktionskraft für diese Aufgaben nimmt, ist in erster Linie die unglückliche Abhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD.

*

Der Gegner rüstet.

g **Berlin**, 6. Februar.

Wie der HINDENBURG-Ausschuß mitteilt, haben sich nach den bisherigen Feststellungen an den ersten vier Einzeichnungstagen für die Kandidatur HINDENBURG insgesamt 707 000 Personen eingetragen.

Hindenburg-Propaganda.

Sonntagnachmittag auf dem Spittelmarkt. Zwei Männer, gähnende Langeweile auf den Gesichtern, tragen Plakate: „Zeichnet euch ein für HINDENBURG!“ Ich frage den einen: „Wählst du denn auch Hindenburg?“ Antwort: „Wenn ick heut abend 7,50 Mark krieje, is die Sache for mir aledigt.“

Hk.

Die Bewag-Arbeiter für Thälmann?

Die KP hat für die Reichspräsidentenwahl THÄLMANN aufgestellt als den „roten Arbeiterkandidaten“. Wir haben im „Funken“ wiederholt gezeigt, daß im Interesse einer Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft bei der Präsidentenwahl die Aufstellung dieses Kandidaten durch die KP zu verwerfen ist, da die nicht-kommunistisch gesinnten, besonders die sozialdemokratischen Arbeiter bestimmt nicht für ihn zu gewinnen sind. Auch jeder vernünftige Kommunist kann dies einsehen. Die „Rote Fahne“ möchte aber gern beweisen, daß die Politik der KP in dieser Frage richtig ist. Dazu muß sie beweisen, daß THÄLMANN tatsächlich *der* Arbeiterkandidat ist, d. h., daß die Stimmung der Arbeiter überall für ihn ist. Wie macht sie das? Ein kennzeichnendes Beispiel dafür! Sie berichtet am 5. Februar über „starke Gärung bei der Bewag“ und schließt ihren — an Unrichtigkeiten auch sonst reichen Bericht — mit der Mitteilung, daß die Empörung der Arbeiter so groß sei, daß nur die — KP sie daran hindere, die Gewerkschaftsbücher massenweise hinzuwerfen und daß dementsprechend die Stimmung für den roten Arbeiterkandidaten „bei der Mehrheit der Bewag-Arbeiter außerordentlich gut“ sei. Jeder, der die Verhältnisse in der Bewag auch nur einigermaßen kennt, lacht über derartige Meldungen, denn er weiß, daß etwa 90 Prozent der Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert sind, daß jeder schon unter dem Druck der öffentlichen Meinung und aus Klugheitsgründen (um nicht bei Entlassungen zuerst berücksichtigt zu werden) im Verbande bleibt, und daß der SP-Einfluß vollkommen vorherrscht. Den wirklichen Einfluß der KP und ihrer Parolen zeigte deutlich die vorige Vollversammlung der Bewag-Arbeiter, in der zwei Kommunisten in der Diskussion sprachen. Sie hatten wohl einigen Beifall — Notverordnung, Lohnsenkungen, Entlassungen sind natürlich Grund genug zur Unzufriedenheit! — aber ihre Resolution bekam trotz dieser vorhandenen Unzufriedenheit außer ihren beiden eigenen *keine* einzige Stimme! Ein deutliches Zeichen, daß Unzufriedenheit und Zustimmung zu den KP-Parolen eben zwei grundverschiedene Dinge sind, obwohl die KP immer wieder irreführenderweise beides gleichsetzt. Inzwischen ist übrigens der eine der kommunistischen Vertreter entlassen, der andere pensioniert, so daß wohl in den folgenden Versammlungen gar kein Kommunist mehr auftreten wird, der auch nur für THÄLMANNS Kandidatur werben könnte. Wie „gut“ also dessen Aussichten in der Bewag in Wahrheit sind, kann jeder sich ausrechnen.

Solche Meldungen, obwohl als „Arbeiterkorrespondenzen“ bezeichnet, können kaum von Arbeitnehmern der Bewag selber stammen, so sehr widersprechen sie den Tatsachen. Sie sind offenbar von der Redaktion zurechtgemacht, um zu beweisen, daß die Wirksamkeit ihrer Parolen bis in die Reihen der SP hinein reicht. Auf diese Weise mag man Arbeiter, die die Tatsachen nicht kennen und immer noch alles glauben, was in der „Roten Fahne“ steht, täuschen, so daß sie sich z. B. der Illusion hingeben, als diene die Aufstellung THÄLMANNS der Schaffung der Einheitsfront. Bei denjenigen, die die Verhältnisse kennen, verscherzt man sich jedes Vertrauen und jede Gefolgschaft. Es steht schlecht um die Politik einer Partei, die derartige Täuschungsmanöver braucht, um dieser Politik einen Schein des Rechts zu geben

---

Protest gegen die antisemitische Schande.

h **Berlin**, 6. Februar.

Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens teilt mit: Reichsminister Dr. GROENER empfing im Innenministerium die Vorsitzenden des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes jüdischer Frontsoldaten und dem Staatssekretär Professor Dr. JULIUS HIRSCH zu einer mehr als eine Stunde währenden Unterredung. Die Herren trugen dem Minister Proben der maßlosen nationalistischen Agitation gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung vor. Die Erschienenen gewannen aus den Darlegungen des Ministers die Ueberzeugung, daß die Regierung entschlossen ist, die verfassungsmäßigen Rechte aller deutschen Staatsbürger mit Entschiedenheit und mit Einsetzung aller Machtmittel zu schützen.

Windkraftwerke.

d **Berlin**, 5. Februar.

Der Erbauer des Königswusterhausener Funkturmes, der Ingenieur HERMANN HONNEF, sprach im neuen Physikalischen Institut der Technischen Hochschule Berlin über das „Windkraftfeld Deutschlands und seine Ausnutzung“. HONNEF will die in großen Höhen vorhandenen dauernden Luftströmungen zur Erzeugung von Energie ausnutzen. Zu diesem Zweck schlägt er den Bau von großen Höhenzonen-Windkraftwerken vor, in die Stromerzeuger eingebaut werden sollen. Das vorgeschlagene Einheitskraftwerk soll 430 Meter hoch werden und drei riesige Windräder von 160 Meter Durchmesser erhalten.

Die Pläne zur Errichtung einer Großversuchsanlage seien bereits weit gediehen. Diese Anlage werde 225 Meter hoch sein und Stromerzeuger-Windräder mit 60 Meter Durchmesser erhalten.

---

f **Lübeck**, 8. Februar.

Wie wir eben erfahren, beabsichtigen die Verteidiger DEYKES und ALTSTAEDTS, gegen das Urteil Revision einzulegen.

POLIKEI.

Von Leo Tolstoi.

(20. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

Jefim, der um keinen Preis hatte hinaufgehen wollen, lief eilig nach dem Gesindehause hin, wobei er mit seinen Bastschuhen polterte, als ob es Holzklötze wären.

Der Landkommissar schlug Feuer und rauchte seine Pfeife an. Er wohnte zwei Werft entfernt, hatte eben erst vom Bezirkshauptmann einen gehörigen Rüffel wegen Trunkenheit bekommen und befand sich daher jetzt in einem Anfalle von Diensteifer: nachdem er um zehn Uhr abends angekommen war, wollte er sofort den Selbstmörder besichtigen. Der Verwalter fragte Dutlow, warum er hier sei. Im Gehen erzählte ihm Dutlow von dem gefundenen Gelde, und was die gnädige Frau getan habe, und sagte, er sei gekommen, um Jegor Michailowitsch um Erlaubnis zu bitten. Zu Dutlows Schrecken ließ sich der Verwalter von ihm den Geldbrief geben und besah ihn sich. Der Landkommissar nahm den Brief ebenfalls in die Hände und fragte kurz und in trockenem Tone nach den Einzelheiten des Vorfalls.

„Nun ist das Geld für mich verloren!“ dachte Dutlow und wollte schon Entschuldigungen vorbringen. Aber der Landkommissar gab ihm das Geld zurück.

„Was hat der Tölpel für ein Glück gehabt!“ bemerkte er dabei.

„Es kommt ihm gut zupaß,“ erwiderte Jegor Michailowitsch; „er hat soeben seinen Neffen zur Gestellung gebracht; jetzt kann er ihn loskaufen.“

„Soso!“ sagte der Landkommissar und ging voran.

„Wirst du nun deinen Ilja loskaufen?“ fragte Jegor Michailowitsch.

„Werde ich ihn auch loskaufen können? Wird das Geld auch reichen? Vielleicht ist es auch schon zu spät dazu.“

„Wie du willst,“ erwiderte der Verwalter, und beide gingen hinter dem Landkommissar her.

Sie gelangten zu dem Gesindehause, in dessen Flur die übelriechenden Wächter mit einer Laterne warteten. Dutlow ging hinter den übrigen. Die Wächter hatten eine schuldbewußte Miene, die sich höchstens auf den von ihnen hervorgebrachten Geruch beziehen konnte, da sie sonst nichts Uebles getan hatten. Alle schwiegen.

„Wo ist er?“ fragte der Landkommissar.

„Hier!“ erwiderte Jegor Michailowitsch flüsternd. „Jefim,“ fügte er hinzu, „du bist ein junger Bursche, geh mit der Laterne voraus!“

Jefim hatte schon oben ein verschobenes Dielenbrett zurechtgelegt und, wie es schien, alle Furcht verloren. Immer ein paar Sprossen auslassend, stieg er mit heiterem Gesichte allen voran hinauf und wandte sich nur um, um dem Landkommissar mit der Laterne zu leuchten. Hinter dem Landkommissar stieg Jegor Michailowitsch hinauf. Als sie verschwunden waren, setzte Dutlow schon den einen Fuß auf die unterste Sprosse, hielt dann aber seufzend inne. Es vergingen etwa zwei Minuten; die Schritte auf dem Dachboden waren still geworden; offenbar waren die Männer an den Leichnam herangetreten.

„Onkel, du möchtest heraufkommen!“ rief Jefim durch die Oeffnung.

Dutlow stieg hinauf. Der Landkommissar und Jegor Michailowitsch waren bei dem Lichte der Laterne nur mit ihrem Oberkörper hinter einem Balken sichtbar; hinter ihnen stand noch jemand, der ihnen den Rücken zuwendete. Das war Polikei. Dutlow stieg über den Balken hinüber, bekreuzte sich und blieb stehen.

„Dreht ihn mal um, Kinder!“ befahl der Landkommissar.

Niemand rührte sich.

„Jefim, du bist ein junger Bursche,“ sagte Jegor Michailowitsch.

Der junge Bursche stieg über den Balken, drehte Polikei um, stellte sich neben ihn und sah mit dem vergnügtesten Gesichte bald den Toten, bald den Beamten an, wie der Besitzer einer Schaubude mit einem Albino oder einer Julia Pastrana bald das Publikum, bald sein Schaustück ansieht und bereit ist, alle Wünsche seiner Zuschauer zu erfüllen.

„Dreh ihn noch einmal um!“

Polikei wurde noch einmal umgedreht, schlenkerte dabei leise mit den Armen und schleifte mit dem einen Fuße im Sande.

„Nun zu! Nimm ihn ab!“

„Befehlen Sie, ihn abzuschneiden, Wasili Borisowitsch?“ fragte Jegor Michailowitsch. „Gebt ein Beil her, Leute!“

Den Wächtern und dem alten Dutlow mußte zweimal befohlen werden, heranzutreten, ehe sie es wirklich taten. Der „junge Bursche“ Jefim aber ging mit Polikei um wie mit einem geschlachteten Hammel. Endlich war der Strick durchhauen, und der Leichnam wurde abgenommen und zugedeckt. Der Landkommissar sagte, morgen werde der Arzt kommen, und entließ die Leute.

Fünfzehntes Kapitel.

Dutlow ging, eifrig die Lippen bewegend, nach Hause. Anfangs war ihm noch unheimlich zumute; aber je näher er dem Dorfe kam, um so mehr verschwand dieses Gefühl, und um so mächtiger wurde in seiner Seele das Gefühl der Freude. Im Dorfe hörte man Lieder singen und das Gerede Betrunkener. Dutlow trank niemals und ging auch jetzt geradeswegs heim. Es war schon spät, als er in sein Haus trat. Seine bejahrte Frau schlief nicht, sondern saß in einem schmutzigen, nicht festtäglichen Hemde mit aufgelöstem Haar auf der Bank, und heulte. Sie ging nicht hinaus, um dem Onkel aufzumachen, sondern begann, als er in die Stube trat, nur noch ärger zu heulen und dazu zu reden. Nach dem Urteile der alten Frau vollführte sie diese Klagelieder sehr geschickt und gut, obgleich sie bei ihrer Jugend darin noch keine Uebung haben konnte.

Die Alte war aufgestanden und machte ihrem Manne das Abendessen zurecht. Dutlow jagte Iljas Frau vom Tische weg. „Nun ist's genug, nun ist's genug!“ sagte er. Axinja stand auf und legte sich auf die Bank, heulte aber weiter. Die Alte trug schweigend das Essen auf und räumte, nachdem ihr Mann gegessen hatte, wieder ab. Der Alte sagte ebenfalls keine Silbe. Nachdem er gebetet hatte, rülpste er, wusch sich die Hände, nahm das Rechenbrett vom Nagel und ging damit in die Kammer. Dort flüsterte er zuerst mit der Alten; dann ging die Alte hinaus, und er begann mit dem Rechenbrett zu klappern; zuletzt klappte er den Deckel eines Kastens zu und stieg in den Keller hinunter. Seine geschäftige Tätigkeit in der Kammer und im Keller dauerte lange. Als er wieder in die Stube kam, war es dort bereits dunkel; der Leuchtspan brannte nicht mehr. Die Alte, die bei Tage gewöhnlich so still war, daß man sie gar nicht hörte, hatte sich schon auf die Pritsche gelegt und schnarchte laut. Iljas Frau, die vorher so viel Lärm gemacht hatte, schlief ebenfalls und atmete ganz leise. Sie schlief auf der Bank, unausgekleidet, wie sie gewesen war, und ohne sich etwas unter den Kopf gelegt zu haben.

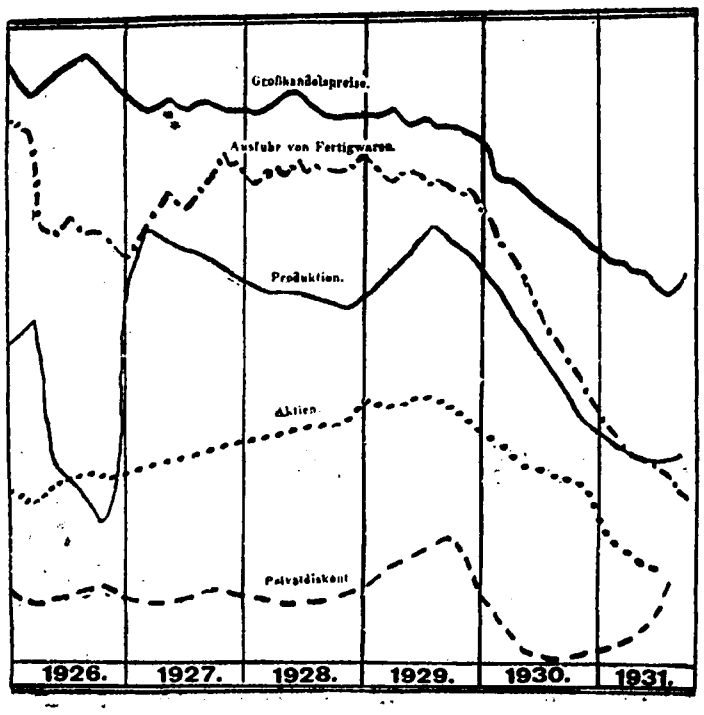
(Fortsetzung folgt.)

Die Wirtschaftskrise in England.

Das Bild der Krise.

Als Ende 1929 der Schrumpfungsprozeß der Weltwirtschaft begann, hatte die englische Wirtschaft sich noch nicht erholt von dem Rückschlag, den sie in den Jahren 1920 und 1921 erlitten hatte. Nachdem damals die Kriegskonjunktur und der unmittelbar nach dem Kriege auftretende Warenhunger des Kontinents aufhörte, stürzten die Preise und die englische Ausfuhr ging von 1334 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1920 auf 703 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1921 zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 109 000 im Juni 1920 auf 2 171 000 im Juni 1921. Nach dieser Zeit ist die Arbeitslosenziffer Großbritanniens zwar wieder gesunken, jedoch nur selten unter eine Million.

Unter dem Einfluß der Weltkrise setzte Ende 1929 die zweite rapide Steigerung der Arbeitslosenziffer ein. Gegenwärtig sind in Großbritannien 2,5 Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen. Eine entsprechende Entwicklung zeigen die nachstehenden Kurven für einige andere wichtige Faktoren des englischen Wirtschaftslebens: Ausfuhr von Fertigwaren und Produktion sind seit Ende 1929 ständig zurückgegangen, die Großhandelspreise sind gestürzt, die sinkenden Aktienkurse zeigen wachsendes Mißtrauen an der Börse, und in den abgleitenden Zinssätzen kommt der Pessimismus der Unternehmer zum Ausdruck.



Englands Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Die Wirkungen der Krise auf die verschiedenen Industriegruppen in England sind keineswegs gleichmäßig. Wir ordnen hier die Industrien nach dem Grad des Beschäftigungsrückganges.

I. Produktionsgüter- und Textilindustrien:

Industriegruppe	Beschäftigte im Oktober 1931	Beschäftigungszu- und abnahme gegenüber Oktober 1929
Schiffsbau	80 000	— 68 %
Metallerzeugung und Erzeugung v. Metallhalbfabrikaten	186 000	— 31 %
Textilwaren (außer Wolle u. Baumwolle)	144 000	— 29 %
Maschinenbau	527 000	— 23 %
Kohlenbergbau	743 000	— 18 %
II. Verschiedene Industrien:		
Kraftfahrzeuge	248 000	— 15 %
Chemikalien	181 000	— 12 %
Holzwaren	183 000	— 9 %
Wollwaren	187 000	— 7 %
III. Versorgung des täglichen Konsums:		
Druckerei u. Papier	365 000	— 6 %
Lebensmittel	456 000	— 4 %
Transport	671 000	— 4 %
Kleidung	513 000	— 4 %
Bauindustrie	826 000	— 3 %
Gas und Wasser	156 000	+ 2 %
Handelsgewerbe	1 630 000	+ 4 %
Metallverarbeitung	446 000	+ 17 %
Verschiedene Gewerbe und Berufe	1 070 000	+ 24 %

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten in den Industrien der Gruppe III wenig oder gar nicht abgenommen hat. Es handelt sich hier um Industrien, die fast ausschließlich für den Inlandsbedarf arbeiten. Das Anschwellen des Arbeitslosenheeres geht in der Hauptsache aus von den Industrien der Gruppe I, die weitgehend auf Ausfuhr angewiesen sind.

Fügen wir den vorstehenden Feststellungen noch hinzu, daß die englische Ausfuhr tatsächlich schneller zurückgegangen ist als die gesamte Produktion (vergl. die Kurven!), dann ergibt sich, daß die Zuspitzung der Krise in England fast ausschließlich auf einer Ausfuhrkrise beruht. Diese Feststellung wird noch erhärtet durch folgende Zahlen:

Industriegruppe	Rückgang der Ausfuhrmengen Okt. 31 gegenüber Okt. 29.	Ausfuhr in Proz. der Produktion 1929	Durch den Ausfuhrrückgang bedingter Produktionsrückgang	Tatsächl. Beschäftigungsrückgang Okt. 31 gegenüber Okt. 29
Rohverarbeitung von Eisen und Stahl	29 %	52 % (1924)	31 %	31 %
Baumwollstoffe	46 %	82 %	38% 19 %	26 %
Baumwollgarne	4 %	15 %	0,6%	
Maschinen	41 %	31 % (1924)	14 %	23 %
Kohle	31 %	32 %	10 %	18 %
Autos u. Autoteile	42 %	18 %	8 %	15 %

Aus den letzten beiden Spalten zeigt sich:

Von dem Rückgang der Beschäftigten wird der bei weitem größte Teil durch den Rückgang der Ausfuhr erklärt.

Die Zahlen geben jedoch nicht einmal ein vollständiges Bild von der Wirkung der Ausfuhrschrumpfung auf die englische Arbeitslosenziffer. Denn in der vorletzten Spalte ist nur der durch den Ausfuhrrückgang unmittelbar verursachte Produktionsausfall errechnet. In Wirklichkeit hat die durch Ausfuhrschrumpfung verursachte Produktionseinschränkung *einer* Industrie einen Rückgang in anderen Industrien zur Folge. So mußte die Kohlenproduktion sinken, weil der Kohlenverbrauch in England zum Beispiel in der Eisen- und Stahlindustrie, einem wichtigen Exportzweig, gesunken ist. Aehnlich ist der Beschäftigungsrückgang in der Maschinenindustrie zu erklären, soweit er gemäß unserer Tabelle über das Maß der unmittelbaren Ausfuhrschrumpfung hinausgeht.

Der englische Binnenmarkt.

Daß der englische Binnenmarkt bisher fast nur mittelbar (infolge des Produktionsausfalls in den Ausfuhrindustrien) unter der Krise zu leiden hatte, verdanken die englischen Unternehmer günstigen Umständen, die zum Beispiel in der deutschen Wirtschaft nicht mehr zu finden sind.

1. Die englischen *Gewerkschaften* waren *stark* genug, sich in Lohnkämpfen durchzusetzen, so daß die Nominallöhne (Geldlöhne) der englischen Arbeiter in der Krise nicht erheblich gefallen sind.

2. Vor dem Inkrafttreten des Budgets der nationalen Regierung (September 1931) ist die *Arbeitslosenunterstützung nicht herabgesetzt* worden.

3. Das *Fehlen von Schutzzöllen* und die relativ *weitgehende Freiheit der englischen Wirtschaft von Kartellen* und anderen Preisbindungen haben es bisher ermöglicht, daß der Lebenshaltungsindex infolge des Sturzes der Weltmarktpreise weit mehr sank, als zum Beispiel der deutsche Lebenshaltungsindex.

Diese Umstände waren es im wesentlichen, die trotz Intensität und Dauer der Krise eine Kaufkraft*steigerung* der Massen bewirkten. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist der Index der durchschnittlichen wöchentlichen Reallöhne fast ständig gestiegen.

Jahr	Index der durchschnittl. wöchentl. Nominallöhne	Lebenshalt.-index	Index der durchschnittl. wöchentl. Reallöhne
1924	100	100	100
1929	99	95,5	104
1930 April	98,5	89	111
1930 Juli	98,25	89,5	110
1930 Okt.	98,25	89,5	110
1931 Jan.	98,25	87	113
1931 April	97	84	115
1931 Aug.	96,75	83	117

Die Reallohnsteigerung war so stark, daß die Massenkaufkraft von den Arbeiterentlassungen verhältnismäßig wenig beeinträchtigt wurde.

Jahr	Index der realen Wochenlöhne	Zahl der beschäftigten Arbeiter in Millionen	Index der realen Kaufkraft aller beschäftigten Arbeiter
1929	104	10,9	113,6
1931 Aug.	117	9,2	107,6

Ueberdies steht dem sechsprozentigen Kaufkraftausfall bei den beschäftigten Arbeitern (vergleiche die letzte Spalte der obigen Tabelle) eine vergrößerte Kaufkraft der Arbeitslosen gegenüber: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist heute mehr als doppelt so groß wie 1929. Die Kaufkraft der Unterstützung pro Kopf ist (bis zur Aenderung des Unterstützungsgesetzes durch die nationale Regierung im September 1931) größer geworden infolge der Senkung der Lebenshaltungskosten.

Im Ganzen ist also der englische Binnenmarkt bis zum Herbst 1931 von einem Kaufkraftrückgang der Massen verschont geblieben und hat infolgedessen unter rein binnenwirtschaftlichen Absatzschwierigkeiten nicht so zu leiden wie zum Beispiel die deutsche Wirtschaft.

(Die Frage, ob nun eigentlich — da der englische Binnenmarkt doch gesund zu sein scheint — der *englische* Kapitalismus für die Wirtschaftskrise in England verantwortlich gemacht werden kann, wird in einem zweiten Aufsatz behandelt werden.)

Allan Flanders.

Hilfe für die Großgrundeigentümer.

Osthilfe mit allen Mitteln.

Fast schien es so, als ob die Durchführung der Osthilfe-Aktion daran scheitern würde, daß die Mittel dazu nicht rechtzeitig aufgebracht werden konnten. Da es sich hier nicht um die Hilfe für erwerbslose Proletarier, sondern für Großgrundeigentümer handelt, war es natürlich die Aufgabe der Regierung, die benötigten Mittel auf alle Fälle bereitzustellen. Das soll nun folgendermaßen geschehen:

Die Gläubiger der bankrotten Grundeigentümer erhalten „Osthilfe-Entschuldungsbriefe", die von der Deutschen Rentenbank, Abteilung Osthilfe, bis zur Höhe von 500 Millionen Mark ausgegeben werden sollen (Verzinsung zu 4½ Prozent und Tilgung bis spätestens 1938 anscheinend mittelbar und unmittelbar vor allem aus Steuermitteln). Ferner soll vom Reich ein Barbetrag von 100 Millionen Mark bereit gestellt werden. Die genannten Entschuldungsbriefe dürfen voraussichtlich beliehen und verkauft werden; wie weit die Reichsbank Mittel dazu zur Verfügung stellen soll, ist noch nicht klar zu ersehen.

Wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, hat die Reichsbank zugesagt, den Inhabern von 100 Millionen Mark Entschuldungsbriefen 40 Millionen Mark zu leihen gegen Verpfändung der Briefe. Ferner hat sie zugesagt, den Inhabern von Entschuldungsbriefen 100 Millionen Mark gegen Wechsel zu leihen, die von der Bankverbindung des Inhabers und der Rentenbank unterzeichnet sind.

SCHLANGE-Schöningen rechnet, „wenn die Durchführung glatt gelingt, mit einem solchen Aufleben des Ostens, daß die anderen Gegenden Deutschlands den Osten darum beneiden würden".

Die Reichsregierung ist „völlig einig" darüber, daß jetzt eine Siedlungsbewegung größten Stiles durchgeführt werden müsse. Daß die Einigkeit gerade jetzt so betont wird, kommt wohl daher, weil manche Großgrundeigentümer sich durch Abverkauf von Land sanieren wollen und sie andere gutzahlende Käufer als die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften heute nicht finden. Sollte wirklich nach so vielen Worten jetzt eine großzügige Siedlungsaktion in Gang kommen?

Deutsche Holzzölle verdoppelt.

Die deutsche Regierung hat die Zölle für Hartholz und Erzeugnisse aus Hartholz verdoppelt und erklärt dazu ausdrücklich, es handele sich dabei nur um den *ersten* Schritt zur Bekämpfung der Unrentabilität der Forstwirtschaft.

Es gibt in Deutschland Staatsforsten mit 3,8 Millionen Hektar Fläche, Gemeindeforsten mit 1,9 Millionen Hektar und Privatforsten mit 6,3 Millionen Hektar Fläche. Die Privatforsten gehören zum überwiegenden Teil Großgrundeigentümern. Dem größten Grundeigentümer in Deutschland, Herrn WILHELM VON HOHENZOLLERN, gehören zum Beispiel 63 000 Hektar. — Den Großgrundeigentümern gerade auf dem Gebiete der Forstwirtschaft zu helfen, dazu ist die Lage besonders günstig; man kann so schön darauf hinweisen, daß durch eine Hilfe für die Forstwirtschaft den Staats- und Gemeindekassen geholfen werde! Diese Lage soll offenbar in der nächsten Zeit noch kräftig ausgenutzt werden.

Immer wieder die alte Begründung.

Der Reichsminister SCHLANGE-Schöningen sagte im Rahmen einer Rede über die Wiedererlangung der Rentabilität ostdeutscher landwirtschaftlicher Betriebe, am 5. Februar: „Angesichts der Weltkrise sind alle Millionen, die essen wollen, auf den Binnenmarkt allein angewiesen." (Wann weigerten sich die Amerikaner, den deutschen Markt mit billigem Getreide zu versorgen?)

Die Unbelehrbaren.

Aus einer Entschließung der Deutschen Bauernschaft vom 5. Februar: „Die Deutsche Bauernschaft stellt sich somit aus nationalen Gründen hinter die Reichsregierung, obwohl das Klein- und Mittelbauerntum in den letzten Jahren der Lastenträger der deutschen Agrarpolitik gewesen ist."

Die Bauern-Jugend.

Am 5. Januar hielt ein Major im Berliner Landbundhaus vor der Vertreterversammlung des Brandenburgischen Jung-Landbundes einen Vortrag über Kleinkaliber-Schießsport. Er führte dabei zum Schluß aus: Das rasche Wachstum des Landesverbandes Brandenburg im Reichsverband deutscher Kleinkaliberschützen beweist, daß der Brandenburger, dem es nicht vergönnt ist wie seinen Vätern, in der Schule des alten Heeres eine gründliche Ausbildung durchzumachen, Mittel und Wege zu finden weiß, um seinerseits in bescheidenem Rahmen den edlen Schießsport zu pflegen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Uniform für Jung-Landbündler in der vorgeschlagenen Form anzunehmen: grünes Hemd mit Koppel, Schulterriemen und Gamaschen.

Abends wurde gemeinsam der YORK-Film im Ufa-Palast besucht.

Die Großagrarier machen es wie die Kirche; sie fangen die Bauern schon in ihrer Jugend ein und spannen sie fest vor den großagrarischen Wagen.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt. 1. 2.-6. 2.	Vorwoche.	Vorjahr.	Jenseits. Hamburg. unverzollt. 6. 2.
Weizen	24,15	23,52	26,68	10,52
Roggen	19,83	19,75	15,62	8,06
Braugerste	16,37	16,30	20,85	8,79
Futtergerste	15,50	15,55	19,70	8,49
Hafer	14,20	14,27	14,17	6,93
Weizenmehl	30,98	30,25	33,92	
Roggenmehl	28,49	28,39	25,06	

Berichtigung. Zu unserem Bedauern sind — infolge von Mängeln in den uns vorliegenden Preistabellen — die *Getreidepreise jenseits der Zollmauern* in Nr. 2, 9, 15 und 21 des „Funken" falsch angegeben worden, nämlich in holländischen Gulden statt in Mark. 1 Gulden kostet 1,69 Mark. Die Getreidepreise jenseits der Zollmauern sind also in Mark um etwa 70 Prozent höher als in jenen Nummern angegeben.

In der Nr. 20 des „Funken" angestellten Untersuchung über die Rentabilität der Getreideausfuhr aus Deutschland waren die im „Funken" veröffentlichten Guldenbeträge in die sonst in Mark geführte Berechnung eingesetzt worden; wenn jene Beträge in Mark umgerechnet werden, so ergibt sich, daß die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland (infolge des Einfuhrscheinsystems) noch weit rentabler ist, als die in Nr. 20 angestellte — wegen jenes Fehlers falsche — Rechnung ergeben hat.

Die Berechnungen in dem Offenen Brief an SCHIELE (in Nr. 7) gründen sich nur auf Markbeträge, werden also durch den hier richtig gestellten Irrtum nicht berührt. Rpt.